



**Kommentar: 15. 02. 2019: Heiner Hannappel,
Machen wir uns nichts vor.**

Dieses Europa, welches wir uns wünschen, dass uns unsere Regierungen aber immer noch vorgaukeln, wird es nicht geben. Freuen wir uns an diesem Torso, solange dieser und seine mit irrationalen Hoffnungen überfrachteten Institutionen noch einigermaßen vor sich hin funktionieren. Zu sehr werden jedoch immer öfters die Bruchlinien offenbar, die von den Partikularinteressen der EU-Staaten aufgezeigt werden.

Bruchlinie Energieversorgung:

Selbst Deutschland und Frankreich geraten aneinander, wenn unser „großer Freund USA“ gegen „Nordstream2“ die Trommel rührt und sich in unsere, also Deutschlands Interessen einmischt, um seine Interessen zu wahren, damit er sein eigenes, durch die Umwelt in seinem Land zerstörendes Fracking gewonnenes Gas und Öl verkaufen kann.

Wenn ein Land wie Deutschland irrational seine eigenen Energievorräte links liegen lässt, Steinkohle- und Braunkohlevorkommen stilllegt, Kraftwerke und Atomkraft abschaltet, muss ja wenigstens eine Energieform, also Gasenergie die Grundlast bei Nacht und Windstille aufrechterhalten. Welche sonst? Gaskraftwerke kann man im Gegensatz zu Kohlekraftwerken schnell hochfahren. Atommeiler auch!

Ansonsten wäre die größte Volkswirtschaft Europas auf Stromenergie aus den sie umgebenden Staaten, hauptsächlich französische und belgische Atomkraft wie auf die polnischen Braunkohlekraftwerke angewiesen. Diese Staaten zusammen mit der Ukraine, Ungarn, Polen sehen nun ihre Geldquelle mit „Nordstream2“ mitsamt den Durchleitungseinnahmen schwinden, die sich durch diese neue Gasleitung bei allen östlichen Nachbarn ebenfalls reduzieren können.

Und schon baut man in der EU eine Front gegen deren größten Finanzier auf, der zwar auch der größte Nutznießer der EU ist, aber auch deren größter Geldgeber. Zwar wurde der Streit mit Frankreich

am 8.2.19 in letzter Minute entschärft und die Pipeline kann weiter gebaut werden, doch das eigentliche Problem, nachdem Lieferant

und Verteiler nicht ein und dieselbe Firma sein dürfen, wird zur Lösung in die nahe Zukunft verschoben wie schon immer. Hier hatte sich Kanzler Schröder über die bestehenden EU-Richtlinien einfach hinweggesetzt.

Putin wird als der Bösewicht dargestellt, der die EU mit „Nordstream2“ abhängiger machen will. Die Ukraine wird bedauert. Doch wer erinnert sich schon noch daran, dass die Ukraine russisches Gas kauft und die EU das mit Milliardenbeträgen für sie in Russland bezahlt, um die Durchleitungen wieder offen zu bekommen.

Wie in den Medien Mitte Februar zu lesen war, zweifelt Kanzlerin Merkel mittlerweile selbst angesichts des schleppend verlaufenden Netzausbaues der Energietrassen von Nord nach Süd am Gelingen ihrer Energiewende. „Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir scheitern“ sagte sie beim „Kohletreffen“ im Kanzleramt. Der Wegfall dieser Arbeitsplätze kostet den Bund ca. 40 Mrd.Euro! Eine bemerkenswerte Erkenntnis, die viele Kritiker schon bei Beginn dieses Debakels an unserer Energieversorgung äußerten.

Bruchlinie Euro:

Der Euroraum ist total überschuldet. Nur wenige Staaten können sich am freien Markt Kredite leisten, da ihre Wirtschaft noch, wenn auch nur wenig, wächst wie Deutschland, Frankreich, England, Niederlande, Österreich. Alle anderen Staaten, besonders die im Südosten und Süden sind bald nicht einmal in der Lage, ihre wiederkehrenden Refinanzierungen über die freien Märkte zu gewährleisten. Um das doch noch zu ermöglichen, handelt die EZB über ihre Mandate hinaus und betreibt vertragswidrig Staatsfinanzierung, indem diese die Staatsschulden maroder Staaten wie Italien bei den italienischen Banken aufkauft um einen Zusammenbruch des gefährlichsten Schuldenlands Europas, Italien zu verhindern.

Deshalb finden wir auf unseren Sparbüchern und Kapitalanlagen keinerlei Zinsen mehr vor. Wir bezahlen diesen politisch gewollten, aber ökonomisch unsinnigen Euro also mit dem Schwund unserer Vermögen und Altersvorsorgen.

10 Billionen Euro Staatsschulden in der EU destabilisieren eben mehr

als die EZB mit ihrem leergeschossenen Patronengurt weder stabilisieren, noch retten kann. Die EZB hat all ihr Pulver zum Erhalt des Euroraums verschossen und sich längstens von ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich des Erhalts der Währungsstabilität verabschiedet. 2019 wird ruppig werden, sehr ruppig und ein Vorbote dessen, was sich weltweit abzeichnet. Dafür sorgt schon der US-Präsident Trump mit seinen die Handelswelt verstörenden Aktionen.

Würden sich durch 2,5% Zinserhöhungen wie in den USA, welche jetzt schon viele Entwicklungs- und Schwellenländer in Zahlungsschwierigkeiten stürzen, die Refinanzierungskosten im Euroraum auch nur um einige Prozentpunkte erhöhen, wären viele Staaten, die von der EZB-Politik noch gestützt werden augenblicklich pleite, wie z. B. Italien, Griechenland, Belgien, Rumänien, Polen, Spanien Portugal, letztlich auch Frankreich und seine Banken, die in besonders in Italien mit riesigen Summen involviert sind.

Auch die angeschlagene Deutsche Bank, die Commerzbank und andere gingen in die Knie. Die Target2 Salden, also die Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB, dem Target System von zurzeit ca. 868.150 Milliarden Euro gingen bei einem Zusammenbruch des Euroraums verlustig. Der deutsche Steuerzahler müsste dann für das Geld geradestehen, für das unsere Nachbarn bei uns Waren eingekauft hatten, aber nun nicht mehr zahlen wollen oder können.

Der Euroraum kann und wird so wie bisher nicht bestehen bleiben, denn es kann eben nicht gut gehen, wenn Staaten mit völlig unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftskraft unter den Mantel einer Währung gezwungen werden.

Staaten, die sich nicht mehr als konkurrenzfähig ansahen, da sie zu teuer produzierten, zu viel konsumierten, konnten zu Zeiten der DM und der floatenden Währungsschlange, die sich nach der DM ausrichtete,

auf oder abwerten und so die Konkurrenzfähigkeit wieder herstellen. Im Euroraum geht das nicht mehr.

Entweder die Löhne sinken, oder der jeweilige Staat verschuldet sich bis über die Ohren wie zurzeit.

Der gesamte Euroraum ist derart überschuldet, dass den Staaten keinerlei Reserven mehr bleiben, um ihre Volkswirtschaften zu stimulieren. So verarmen deren Bürger und Unzufriedenheiten machen sich breit. Ganz Europa, über die EU hinaus wird so immer

instabiler und es geht nicht mehr um die Frage ob, sondern wann dieses auf tönernen Füßen stehende Gebilde Euro zusammenfällt und weltweit ein Erdbeben auslöst, dem die Vermögen der Europäer zum Opfer fallen werden.

Vor diesen Hintergründen bleibt es nicht aus, dass in Washington, genauer beim IWF, der mehrheitlich von den USA dominiert wird, wieder einmal perfide Pläne ausgeheckt werden, um die Schuldenlasten der hoch verschuldeten Staaten zu minimieren.

Das geht aber nur, wenn man gleichzeitig die Vermögen der Gläubiger reduziert. Also empfiehlt man, Parallelwährungen zu erschaffen, um das Halten von Bargeld möglichst unattraktiv und die Bürger gläsern zu machen. Die eine Währung ist das Buchgeld auf der Bank, das andere ist das Bargeld quasi unterm Kopfkissen, in Koffern oder in den Tresoren jedweder Firmen.

Lässt der Bürger sein Geld auf der Bank und zahlt überwiegend bargeldlos, ist sein Geld dort als Buchgeld zwar jederzeit manipulierbar aber vorläufig noch ohne Strafzinsen. Diese werden dann aber für sein Bargeld erhoben in Form von noch festzulegenden Minus-, also Negativzinsen.

Im Euroraum schuf die EZB durch ihre desaströse Geldpolitik riesige, Billionen Summen an Bargeld, welches sich aus den Schuldenländern heraus überwiegend im noch sicheren Hafen Deutschland seine Anagemöglichkeiten suchte, wie Immobilien, Aktien. Auf diese Summen zielt der Plan des IWF, denn Deutschland wäre der Hauptbetroffene. Wenn die riesigen Geldbestände auf deutschem Boden mit Negativzinsen beim Eintauch auf Bankkonten abgeschmolzen würden, käme das quasi einer Währungsreform gleich. Professor Werner Sinn, dem ich mich anschließe, ist der Ansicht, dass bei der Etablierung einer derartigen Bestrafung von Bargeld, welches in Deutschland immer noch das Zahlungsmittel der Wahl ist, ein Austritt Deutschland aus dem Euroraum ein folgerichtiger Schritt sei.

So ist es schon sehr merkwürdig, wenn vor diesem Hintergrund in Deutschland aus parteitaktischen Wahlgründen, vor allem von der schrumpfenden SPD jetzt auf einmal zur Unzeit, da die Wirtschaftsprognosen sich seit drei Quartalen auf Negativ stellen, Wahlgeschenke wie die „Respektrente“ und andere Wohltaten verteilt werden sollen, obwohl der Steuerzahler die Migrantenkosten von ca. 50 Mrd., die Kosten der Griechenlandrettungen, die immer

noch kein Ende nehmen wollen von ca, 90 Mrd. Euro mitsamt den irren hohen Kosten der verkorksten Energiewende Merkels zu stemmen hat. Wir verfuttern so unsere Zukunft, wenn wir diese Summen nicht in Infrastrukturen, Digitalisierung, Schulen und Bildung investieren.

Über eine Tatsache müssen wir uns im Klaren sein: Es wird auf unabsehbare Zeit keine Rückkehr der Zinsen für die Spar- und Geldanlagen der Bürger geben, ansonsten wären die Refinanzierungen der Staaten gefährdet und der Euroraum flöge uns um die Ohren! Eher werden wie oben beschrieben, unsere Geldbestände mit allerlei Tricks reduziert, um im gleichen Zug die Schuldenlasten der Staaten zu minimieren. Schon einmal glänzte der IWF mit dem Vorschlag, alle Guthaben, egal ob Millionär oder kleine Rentner/innen, auf den Bankkonten um 10 % zu rasieren.

Bruchlinie Brexit:

Alleine ein ungeregelter Austritt Englands aus der EU würde aufzeigen, wie verwoben dieses Inselland mittlerweile mit Europa ist. Zwar stellen sich zurzeit alle europäischen Firmen auf diesen Crash ein, da es wohl auf einen Riesenkrach hinausläuft, doch im Detail lässt sich nur erahnen, welche Folgen das auf den Euroraum, die EU und die Volkswirtschaften Europas hat. England wäre dann raus aus der EU und der Zollunion. Alles und jedes müsste dann wieder ganz neu ausgehandelt werden. Bei diesem heillosen Durcheinander in der Politik Großbritanniens wäre es besser, die Entscheidung für einen BREXIT nochmals dem Volk vorzulegen.

Nach einer Studie des (IWH)- Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, können alleine in Deutschland bei einem ungeordneten Brexit ca. 100.000 Arbeitskräfte betroffen sein, auch 15.000 in der Autoindustrie.

Bruchlinie Migration

Nirgendwo wird die Isolation Deutschlands so deutlich wie bei der Frage um die Verteilung der Migranten in Europa, Schweden. Kein Land will Zuwanderung. Kein Land kann sich diese leisten. Keine Bevölkerung der EU will sich das Zumuten lassen, was der deutschen Bevölkerung von der Regierung Merkel aufgezwungen wurde. Und wenn doch, könnte kein Land mit dem Versorgungsstandard für Migranten, wie die Bundesregierung meint es sich leisten zu können, mitziehen können.

So bleibt nach wie vor Deutschland mit seinen immer noch

gesetzeswidrig offen gehaltenen Grenzen das ersehnte Ziel aller Mühseligen und Beladenen der Welt, obwohl diese Auswanderer/Migranten und Kriegsflüchtlinge schon vorher in den Deutschland umgebenden Staaten in Sicherheit waren.

Überdies sind viele Staaten Europas mit Migranten überwiegend Muslime reichlich ausgelastet und müssen mit ansehen, wie sich ihre Länder durch muslimische Strukturen verändern. England, Frankreich, Holland, Belgien haben schon wegen ihrer kolonialen Vergangenheit einen großen, schon vor Jahrzehnten eingewanderten muslimischen Bevölkerungsanteil und wollen unter keinen Umständen eine weitere Einwanderung, oder gar von Deutschland Migranten übernehmen, die auf Grund einer politischen Fehlentscheidung Milliardenkosten verursachen.

Bruchlinie Werte

Aus diesen Gründen, was die Steuerung und Übernahme von Migranten anbelangt, entstehen nicht zu unterschätzende Bruchlinien in den Werten, die eine EU ohne gültige Verfassung bisher leitete. Auch nach dem Austritt Englands werden 27 Verfassungen für 27 Länder Richtlinie und der Maßstab juristischer Beurteilungen bleiben, zudem Ungarn und Polens Regierungen eine eigenwillige Vorstellung von Demokratie haben. Schon bildete sich mit Polen Ungarn, der Tschechei und Slowakei eine separate Gruppe in der EU, die sich Visegrád-Gruppe nennt,

die sich besonders bei Flüchtlingsfragen resolut jeder EU-Regelung widersetzt. Wie viele Grüppchen bilden sich noch? Italien und Frankreich beharken sich auf undiplomatischste Art. Frankreich beordert seinem Botschafter in Rom nachhause, weil Italiens Regierung die Gelbwesten unterstützt und Präsident Macron Schaden will, der sowieso schon in der Beliebtheitskurve als ehemaliger Hoffnungsträger schlechter dasteht als alle anderen bisherigen Präsidenten Frankreichs. Es erschreckt schon, dem rasanten Beliebtheitsschwund dieses jungen Präsidenten zuzusehen.

Wie deutlich zu sehen ist, entstanden bei der Übernahme von Migranten und Kosten, den Einnahmen von Durchleitungsgebühren für russisches Gas, bei der Verteilung des Gases aus der „Nord - Stream 2“ Leitung, bei den Kosten der permanenten Eurokrise, bei der juristischen Bewertung der EZB Maßnahmen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Stabilisierung des Euroraums, bei der Krisenbewältigung der Autoindustrie, bei den Emissionswerten der

Luftreinhaltung, der Fischfangquoten, der Kostenverteilung für die Sicherung der europäischen Außengrenzen, um Flüchtlingsströme zu verhindern, bei dem Aufbau einer die Kosten minimierenden einheitlichen Armee, bei der Abschaltung maroder belgischer/französischer Atommeiler scheinbar immer neue Gegensätze und Bruchlinien.

Die USA unter Trump picken sich aus diesem Konglomerat untereinander uneiniger Staaten, je nach Lage ihre temporären Freunde heraus, benutzen diese und stoßen sie dann je nach Laune wieder ab. Wer solche „Freunde“ hat, braucht sich vor den uns von den USA aufoktroierten Feinden wie Russland keine Angst mehr zu haben. Die USA wollten noch nie ein einiges Europa, welches als wirtschaftlicher Konkurrent der USA zu stark würde und selbstbewusst mit Russland eine europäische Friedensordnung schaffen könnte! Also torpedieren die USA, besonders jetzt unter Trump die EU, wo man auch nur kann. In Uneinigkeit vereint wird Europa, ich schrieb das schon so oft, zum Spielball und Lachnummer der Weltpolitik.

Der noch größte einheitliche Wirtschaftsraum der Welt ist in den neu entstehenden Kraftpolen im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft nicht einmal nur annähernd präsent.

Bruchlinie Globalisierung

Das „Amerika First“ von Trump schafft immer größere Verwerfungen innerhalb der weltweiten Handelsbeziehungen. Gewohnte Handelsbeziehungen werden gestört und führen zur Reduzierung des weltweiten Wirtschaftsgeschehens. Zollschränken werden von Trump aufgebaut und führen zu nie gekannten Rückgängen in der deutschen Autoindustrie, der Schlüsselindustrie Deutschlands, an der jeder siebte Arbeitsplatz hängt.

Mit geradezu unbegreiflicher Naivität sägt die links-grün irgeleitete Bundesregierung zusätzlich noch an unserer Energieversorgung und an unserem wichtigsten Wirtschaftszweig Autoindustrie und lässt zu, dass Umweltverbände, Wirtschaftskompetenzen per Gerichtsbeschlüsse aushebeln.

Es ist unfassbar, wie Merkels Paladin, der inkompetente Wirtschaftsminister Altmaier eine Planwirtschaft herbeiredet und die soziale Marktwirtschaft Erhards beschädigt.

Ja, die Autofirmen haben die Käufer betrogen! Dafür blutete VW in den USA mit ca. 25 Milliarden Dollar. Warum bestrafte die

Bundesregierung die Autofirmen nicht auch hier mit 5000 Euro pro manipulierten Diesel, um das Geld dann den Betrogenen zu geben? Sind deutsche Autokäufer denn Kunden dritter Klasse, die dann auch noch wegen irrer Feinstaubmessungen Fahrverbote hinnehmen müssen.

Im Rest Europas gibt es solche Selbstzerstörungen der eigenen Interessen nicht, dort reiben sich die Konkurrenten die Hände und denken nicht daran, wie die Deutschen auf Kosten ihrer Wirtschaftskraft das Weltklima retten zu wollen.

Ohne die direkten Folgen richtig zu bedenken, setzen diese Weltverbesserer in Regierung und Opposition, links-grün gefärbt ca. 100.000 Arbeitsplätze in Deutschland aufs Spiel. Dazu kommen noch 10.000 Arbeitsplätze die im Umfeld der bis 2038 zu schließenden Kohleförderung, Kohlekraftwerke wegfallen, die mit 40 Milliarden aus dem Bundeshaushalt kompensiert werden sollen.

Das alles bei sinkenden Wirtschaftsdaten!

Ja, wir müssen etwas ändern, aber schnell, aber alle auf dem Globus, nicht nur das kleine Deutschland, um die Überhitzung der Erdatmosphäre aufzuhalten. Was nützt es, wenn wir unsere Kohlekraftwerke abschalten und deshalb in unmittelbarer Nachbarschaft neue ans Netz gehen, um unsere Energielücken aufzufüllen, oder weltweit z. B. in China, Indien und den USA die Atom- und Kohleenergie fröhliche **Renaissance** feiert. Alleine unser direkter Nachbar Frankreich betreibt 52 Atommeiler! Japan betreibt die gleiche Größenordnung an AKWs.

Von den havarierten Atommeilern in Fukushima (Japan) wird der Pazifik bis hin nach Kalifornien radioaktiv verseucht.

Nimmt man dann auch noch die im vorherigen Artikel: "Macht endlich die Augen auf" beschriebenen Problemstellungen hinzu, muss man zur Erkenntnis kommen, dass die goldenen Zeiten eines immer währenden Aufschwungs seit 1949 mit den Segnungen übervoller Haushaltskassen im Bund wie Länder vorbei sind. Also stellen wir uns eher auf Verteilungskämpfe, als auf weitere realitätsferne SPD Verteilungsorgien ein.

Das Geld dafür ist nicht wie die SPD sagt da, sondern wegen der Migrantenkosten längst weg, in Schattenhaushalte abgewandert und zur Plünderung frei gegeben, um außerhalb unserer innerdeutschen Bedürfnisse andere zu bedienen.

Da trafen sich nun die CDU und SPD Granden, um sich neu zu sortieren. Eigentlich gut, nur machte die SPD eine Rolle rückwärts, nennt es aber Schritte in die Zukunft und will so wieder zur lieben Sozialtante der Republik werden, indem sie Geld verteilt, das nicht vorhanden ist. Die Rechnung soll dann später, wenn die dämlichen Wähler auf dieses unseriöse, von Panik vor den anstehenden Wahlen getriebene soziale Machwerk an den Wahlurnen reingefallen sind, präsentiert werden.

Da ähneln sich die beiden Regierungsparteien frappierend, denn die CDU macht auch einen Schritt rückwärts und nennt das dann Werkstattgespräche, um die Fehler seit 2015, der „Willkommenshysterie“ aufzuarbeiten, ohne der amtierenden Kanzlerin endlich einmal konkrete Vorwürfe zu machen.

Derweil strömen weiterhin pro Tag ca. 500 Migranten über alle Grenzen in unser Land, summieren sich im Jahr und Jahr für Jahr zu einer mittleren Großstadt von 160.000 Neubürgern, die sich im Schlaraffenland wähnen, da sie rundherum alimentiert werden. Ca. 300.000 haben kein Bleiberecht, weiter 300.000 werde auch keines erwarten dürfen. Also sind es ca. 600.000, die abgeschoben werden müssen. Doch wohin? Keiner will diese Abtrünnigen mehr in deren Heimat wiederhaben.

So kommen also logisch zu denen, „die nun einmal hier sind, wie Merkel sagte“, also ca. 2 Millionen Flüchtlingen, jedes Jahr weitere 165.000 hinzu. Prächtig, damit wir Deutschen nicht aussterben! Diese Rechnung der vermurksten Politik Merkels zahlen wir jetzt schon mit ca. 50 Mrd. pro Jahr nebst einer instabil gewordenen inneren Sicherheit und Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, deutlich zu sehen in unseren Schulen und Straßen, die wir Bürger abends schon meiden, um nicht am falschen Ort zur falschen Zeit zu sein.

Da es also kein Europa unserer Wunschvorstellungen mehr geben wird, sehe ich in nicht allzu ferner Zukunft ein Europa der Vaterländer, in welchem sich die Nationalstaaten weitestgehend arrangieren und sich wieder auf eine EWG einigen, die schon zu ihrer Zeit ungemein erfolgreich war. Denn die EU ist in allen Bereichen erstarrt, es geht nur noch um den Erhalt und Gewinnung der lukrativen Posten. Es fehlt ein frischer Wind, für den jedoch die Fenster in Brüssel verschlossen bleiben, denn man hat dort Angst vor belebendem Sauerstoff, der das gewohnte Selbstbeweihräucherungsgehabe hinwegfegen könnte.

Der Euroraum gehört dann auf den Müllhaufen der Geschichte, den wir Bürger dann abzutragen haben.

Heiner Hannappel

Koblenz

E-Mail heiner.hannappel@gmx.de